

# DER MALER

Zeitschrift des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Erscheint Sonnabends. Bezugspr. 3 M., u. Anzah. 4 M. vierteljähr. Schriftl. u. Geschäftsk. : Hamb. 36, Alster-Terrasse 10. Spyr. : Lorbsee 8246. Postsch. : Vermögensverw. d. Verb. Hamb. 11586  
46. Jahrgang Hamburg, 26. März 1932 Nummer 13

## Die Vernunft hat gesiegt

Der 13. März hat zwar noch keine endgültige Entscheidung in der Wahl des Reichspräsidenten gebracht, so daß ein weiterer Wahlgang notwendig ist, doch steht die Wiederwahl Hindenburgs fest. Nur reichlich 170 000 Stimmen fehlten Hindenburg am 13. März an der absoluten Mehrheit. Von den insgesamt abgegebenen 37 658 036 gültigen Stimmen erhielten nämlich Duesterberg 2 558 938, Hindenburg 18 654 690, Hitler 11 341 360, Thälmann 4 982 939, Winter 111 486, und ungültig waren 8622 Stimmen. Die Nationalsozialisten, die sich seit Monaten als die Sieger fühlten und schon in der bei ihnen gewohnten Großspürigkeit ankündigten, daß sie am 14. März die Macht übernehmen würden — im „Angriff“ vom 12. März 1932 stand z. B.: „Heute noch habt ihr die Macht — morgen werden wir eure Richter sein!“ — und Brüning gezwungen sein werde, Hitler seine Demission zu überreichen, haben einen Dämpfer bekommen. Hitlers Sieg ist in weite Ferne gerückt. Er hat insgesamt nur 30% der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen können, während die Nationalsozialisten bei Länderwahlen schon 35 bis 37% aller Stimmen erhielten. Die aufgeklärte deutsche Arbeiterschaft, zusammengeschlossen in der Eisernen Front, hat Hitler einen dicken Streich durch seine Rechnung gemacht. Er hat zwar wenig mit der Spaltung und Disziplin der organisierten Arbeiter gerechnet, die erkennen, um was es sich handelt und mit jäher Verbissenheit für ihre Sache streiten.

Als die Gewerkschaften zur Wahl des bisherigen Reichspräsidenten aufriefen, waren sie sich bewußt, damit von vielen ihrer Mitglieder ein Opfer zu verlangen, aber es mußte sein, um das drohende Uebel, die nationalsozialistische Diktatur in Deutschland, abzuwehren. Mit Genugtuung darf vermerkt werden, daß die Mitglieder wohl reiflos die Notwendigkeit der Stimmenabgabe für Hindenburg erkannten und entsprechend gehandelt haben.

Ist auch manches an dem jetzt im Reiche gesteuerten politischen Kurs auszufehen, soviel steht doch fest, die Verhältnisse würden für die Arbeiterschaft noch viel unerträglicher, wenn ein Mann wie Hitler, der bisher lediglich bewiesen hat, daß er imstande ist, manches nach berühmtem Muster nachzuahmen, an der Spitze des Reiches stünde. Die Art seines bisherigen Auftretens, die vielen Drohungen, teils an das Ausland gerichtet, hätten uns leicht in die allerschwierigste Situation gebracht und unter Umständen sogar ein neues Völkermorden heraufbeschworen. Die strupellose Schiebung, Hitler noch schnell vor der Wahl zum Reichsdeutschen zu machen, indem man ihn zum braunschweigischen Regierungsrat ernannte, hat also nicht zum Ziele geführt. Alle Großsprecherien von der Machtübernahme am 14. März, dem Fortjagen Brünnings und alle Drohungen mit „Macht der langen Messer“ und ähnlichem haben also nichts gefruchtet. Das System, das die Nationalsozialisten stürzen wollten, hat sich behauptet. Es steht fest und unerschütterlich. Republik und Demokratie sind, wenn sich die Arbeiterschaft auch im zweiten Wahlgang nicht dúpieren läßt, gesichert. Es darf aber nicht übersehen werden, daß die Zahl der für Hitler abgegebenen Stimmen seit den Septemberwahlen 1930 noch erheblich gestiegen ist, so daß alle Veranlassung besteht, weiterhin auf dem Posten zu sein und besonders in den Hochburgen der Nazis, vor allem auf dem Lande, für Aufklärung zu sorgen und der Bevölkerung den wahren Charakter der nationalsozialistischen Bewegung vor Augen zu führen.

Auch die Kommunisten werden mit dem Ausgang der Wahl mit Recht wenig zufrieden sein. Die Zahl der kommunistischen Stimmen hat sich seit der letzten Reichstagswahl am 14. September 1930 nur um 400 000 erhöht, trotz der seitdem ungeheuer verstärkten Arbeitslosigkeit, der zunehmenden Verelendung breiter Schichten der Bevölkerung und der von der Regierung Brüning erlassenen Notverordnungen. Die Zunahme der Stimmen entspricht der stärkeren diesmaligen Wahlbeteiligung. In Berlin, Hamburg, Frankfurt a. d. Oder und vielen anderen Orten, in den Wahlkreisen Merseburg und Düsseldorf haben die Kommu-

nisten sogar einen teils erheblichen Stimmenverlust erlitten. Auch sie haben diesmal erfahren, daß mit hysterischem Geschrei und Herunterreißen des Gegners allein der Sieg noch nicht verbürgt ist. Ein Teil, auch der zu den Kommunisten neigenden Arbeiter, hat erkannt, daß die Hauptgefahr die National-

### Aufklärung tut not

Mit großem Eifer und unter erheblichen finanziellen Opfern ist seit Bestehen des Verbandes von den Funktionären und allen Mitglieder Aufklärungs- und Bildungsarbeit geleistet worden. Dafür zeugt schon die im Laufe der Jahre herausgegebene reichhaltige Literatur, und sind unsere Verbandsorgane Beweis. Hinzu kommen unendlich viele Versammlungen, Sitzungen und Konferenzen mit aufklärenden Vorträgen über die verschiedensten Gebiete. Die heutige schnelle und sich durch die Entwicklung der Technik, Chemie und Rationalisierung im häuslichen Tempo verändernde Wirtschaft, die auch politische Umwälzungen in früher nie gekanntem Ausmaße zum Gefolge hat, erfordert aber

#### verstärkte Aktivität

auch in der Aufklärungsarbeit. Als Berufsorganisation kommt für uns neben der Stellungnahme zu den gewerkschaftlichen, sozialpolitischen, arbeitsrechtlichen und wirtschaftlichen Fragen noch jene zu den gewerblichen und sachlichen. Deshalb müssen sich

**nicht nur unsere Funktionäre, sondern die gesamten Mitglieder in den Dienst der Organisation stellen und die noch nicht geschulten und indifferenten Kollegen aufklären.**

**Schafft Klarheit im Wollen und Handeln!**

*Peter Schramm*

sozialisten sind, auf deren Bekämpfung alle Kräfte konzentriert werden müssen. Es wäre auch verwunderlich, wenn nicht auch sie erkannt hätten, was die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, das Sprachrohr der Großindustriellen in Berlin, am 10. März 1932 schrieb: „Die nützliche Funktion der Kandidatur Thälmanns besteht demnach darin, jede Möglichkeit der Wahl eines Präsidenten der Linken zu verhindern. Aber damit ist ihre Aufgabe noch nicht erschöpft: je mehr Stimmen für Thälmann abgegeben werden, um so größer wird die Zahl der Hindenburg-Gegner sein, um so größer daher die Aussicht, daß der erste Wahlgang ergebnislos verläuft, um so größer daher auch die Wahrscheinlichkeit, daß tatsächlich für den zweiten Wahlgang die Entscheidung bei Hugenberg oder Hitler liegt. Die Kommunisten spielen also in jedem Fall das Spiel ihrer Gegner — genau wie 1925.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

Duesterberg hat die erwarteten 2½ Millionen Stimmen bekommen. Es hat sich also richtig erwiesen, was von uns vor der Wahl behauptet wurde, nämlich, daß es sich bei ihm lediglich um eine Zählkandidatur handelte.

Die weitere Abstimmung soll nun am 10. April erfolgen. Von Hitler ist schon zu neuem Sturm aufgerufen worden. Er ist immer noch hoffnungsfreudig und glaubt, jetzt noch die fehlenden Millionen Stimmen für sich mobilisieren zu können.

Ich fordere auf, augenblicklich den Kampf für die zweite Wahl zu eröffnen. Kein Tag darf verlorengehen. Wenn die Wähler der gesamten nationalen Front sich auf

das Gebot der Stunde besinnen, muß es möglich werden, die wenigen Millionen fehlender Volksgenossen aus der wider natürlichen Front der Wähler herauszubringen und un- auszuführen. Der erste Wahlkampf ist beendet, der zweite hat mit dem heutigen Tage begonnen, ich werde auch ihn mit meiner Person führen“, so heißt es in dem vom großen Adolf nach dem 13. März herausgegebenen Aufruf. Die Eisernen Front wird dafür sorgen, daß seine Hoffnungen zunichte werden und auch der schlaue Hugenberg, der auf anderem Wege zum Ziele zu kommen versuchte, damit keinen Erfolg hat.

Es gilt jetzt für den zweiten Wahlgang zu rüsten, um durch die Abstimmung am 10. April die Niederlage der Nationalsozialisten, aber auch der diese begünstigenden Kommunisten noch offensivender werden zu lassen. Stärkt die Sammerschaften der Gewerkschaften! Ist die Lösung. Auch unsere Kollegen müssen diesem Ruf reiflos Folge leisten und sich in die die Republik schützende Front einreihen. — Der Reichspräsidentenwahl folgt schon in vierzehn Tagen, also am 24. April, die Wahl in den größten deutschen Ländern, Preußen, Bayern und Württemberg. Auch dafür heißt es, sich vorbereiten. Die Parole der Eisernen Front: Wir greifen an! hat die Massen wachgerüttelt. Jetzt heißt es, dafür zu sorgen, daß durch die Abgabe ihrer Stimme die Nationalsozialisten nicht wieder schlagen.

Daneben muß die Gesundung der politischen Verhältnisse gefördert werden durch eine neue Wirtschaftspolitik der Regierung, die den Millionen Arbeitslosen endlich wieder die Hoffnung auf losende Beschäftigung gibt.

### Arbeitsbeschaffung durch Planwirtschaft

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit ist an dem Punkte angelangt, wo sie zu einer unmittelbaren Gefahr für den Weiterbestand der kapitalistischen Wirtschaft zu werden droht. Infolge der in den Kreisen der Arbeitslosen herrschenden Not besteht hier vielfach eine so verzweifelte Stimmung, daß es keines besonders starken Anstoßes mehr bedarf, um eine gewalttätige Entladung der vorhandenen Spannung auszulösen. Wenn die rechts- und linksradikale Propaganda eine solche Explosion der Unzufriedenheit noch nicht herbeiführte, so lediglich deshalb, weil der Einfluß der Gewerkschaften noch hinreichte, die Arbeiter von sinnlosen Handlungen und Gewalttätigkeiten zurückzuhalten. Soll aber dieser Einfluß weiter bestehen bleiben, so ist es höchste Zeit, daß die wirtschaftlichen Forderungen der Gewerkschaften Berücksichtigung finden und mit größter Beschleunigung Maßnahmen zur Verminderung und Beseitigung der Arbeitslosigkeit getroffen werden.

Für die Gewerkschaften besteht grundsätzlich keine Veranlassung, sich für den Bestand der kapitalistischen Wirtschaft einzusetzen, die in kurzfristiger Verblendung von ihren eigenen Anhängern untergraben und dem Zusammenbruch entgegengeführt wird, indem sie alle Reformen brüskel ablehnen. Dieser Zusammenbruch kann aber den Arbeitern nichts nützen, da er das allgemeine Elend nur verschlimmern und ein Chaos schaffen würde, das den Wiederaufbau außerordentlich erschweren müßte. Dennoch sind wir sowohl psychologisch wie materiell von diesem Zusammenbruch nicht mehr allzuweit entfernt. Nach den Ausweisen der Arbeitsämter haben wir gegenwärtig in Deutschland nahezu 7 Millionen Arbeitslose. Das ist fast ein Drittel der in Industrie, Handel und Verkehr beschäftigten Arbeitnehmerschaft. Ähnlich in den übrigen kapitalistischen Ländern. Insgesamt wird die Zahl der Arbeitslosen auf dem internationalen Arbeitsmarkt auf rund 20 bis 25 Millionen geschätzt. Eine ungeheure Zahl, aus der die Desorganisation der kapitalistischen Wirtschaft mit brutaler Deutlichkeit hervorgeht.

Damit ist die Arbeitslosigkeit zu einem der wichtigsten Probleme geworden, dessen Lösung mit allen dazu geeigneten Mitteln herbeigeführt werden muß. In Vorschlägen dazu fehlt es nicht, da man im wesentlichen über die Ursachen der Arbeitslosigkeit unterrichtet ist. Sie ist in der Hauptsache in der Planlosigkeit der kapitalistischen Wirtschaft begründet, die zwar schon von Anfang der kapitalistischen Entwicklung bestand, durch die Auswirkungen des Weltkrieges wie des Friedensdiktats von Versailles aber in katastrophaler Weise verschlimmert wurde. Schon vor dem Kriege hatte man in den kapitalistischen Kreisen die mit dieser Planlosigkeit verbundenen Gefahren erkannt und ihre Beseitigung versucht, indem man die Produktion in steigendem Maße unter die Herrschaft von Konzernen, Trusts und Kartellen stellte. Die durch diese Maßnahmen herbeigeführte Monopoli-

sierung und Kontingentierung der Produktion war eine kapitalistische Planwirtschaft zur Bereicherung und zum Schutze des industriellen Großkapitals auf der einen, zur verschärften Ausbeutung der Verbraucher und der öffentlichen Wirtschaft auf der andern Seite. Ihren Höhepunkt erreichte diese Entwicklung in der Nachkriegszeit infolge der durchgeführten Rationalisierung, für die es weitgehend an den erforderlichen Voraussetzungen fehlte.

Diese kapitalistische Planwirtschaft hat sich als Fiasko herausgestellt. Durch die monopolistische, die Sehung der allgemeinen Kaufkraft außer acht lassende Regelung der Produktion und Verteilung wurde die auf diesen Gebieten bestehende Anarchie nicht beseitigt, sondern verschlimmert, besonders deshalb, weil die wucherische Preispolitik der Kartelle die noch vorhandene Kaufkraft rücksichtslos zerstörte. Die Folgen konnten keine andern sein, als wir sie jetzt trotz aller Notverordnungen und Sparmaßnahmen vor uns sehen: Steigende Verarmung, fortgesetzte Einschränkungen der Produktion und zunehmende Arbeitslosigkeit! Eine Verringerung dieser Verhältnisse ist nur durch eine Abkehr von dem bisher verfolgten System und dessen Umwandlung in eine lediglich von sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten geleitete Planwirtschaft möglich.

Wie die Dinge heute liegen, ist freilich auch von einer solchen Planwirtschaft keine Beseitigung der bestehenden Arbeitslosigkeit zu erwarten. Dazu haben sich die Verhältnisse bereits zu weit zugespitzt. Die Einführung einer Planwirtschaft kann wohl in dem bestehenden Durcheinander Ordnung schaffen, besonders wenn sie sich auf eine internationale Verständigung über die Bekämpfung der Weltkrise zu stützen vermag. Aber man täusche sich nicht! Eine solche Neuordnung der Wirtschaft bringt noch keine Vermehrung der Arbeitsgelegenheit. Sie kann lediglich ein Gleichgewicht zwischen Produktion und Verbrauch herbeiführen. Letzterer befindet sich jedoch infolge der geschwächten Kaufkraft, vor allem bei der minderbemittelten Bevölkerung, auf einer außerordentlich niedrigen Stufe. Wird doch die Erzeugungsfähigkeit der deutschen Industrie zur Zeit kaum zu wesentlich mehr als 50 % ausgenutzt. Sollen die arbeitslosen Massen wieder Beschäftigung erhalten, so muß zusätzliche Kaufkraft geschaffen werden, die den Verbrauch hebt und die stillliegenden Produktionsmittel in Bewegung setzt.

Daß die private Wirtschaft die Fähigkeit hierzu nicht besitzt, steht nach allen gemachten Erfahrungen unzweifelhaft fest. Von der vielgerühmten Initiative der kapitalistischen Unternehmer und ihrer Wirtschaftsführer ist rein nichts zu verspüren. Ihre wirtschaftliche Weisheit erschöpft sich darin, weitere Lohn- und Gehaltsherabsetzungen zu fordern, wodurch die allgemeine Kaufkraft noch tiefer sinken muß. Die mit diesem Vorgehen erzielten schlechten Erfolge haben sie keines Besseren belehrt. Deshalb ist von dieser Seite nichts zu erwarten und kann eine Abhilfe nur durch die vielgeschmähte öffentliche Wirtschaft vermittelt großzügiger und umfassender Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen herbeigeführt werden. An Möglichkeiten hierzu fehlt es nicht. Wir brauchen hierfür nur auf das Baugewerbe hinzuweisen, das gegenwärtig zu 90 % stillliegt. Hierin läßt sich Wandel schaffen! Trotz der öffentlichen und privaten Bauaktivität der letzten Jahre ist noch auf lange Zeit hinaus ein sehr erheblicher Wohnungsbedarf zu befriedigen. Durch den Bau und die Instandsetzung von Straßen, Regulierung von Flußläufen, Verbesserung des Hochwasserschutzes, Kanalbauten, Bahnbauten, kräftige Inangriffnahme des Siedelungswesens usw. lassen sich hunderttausende Arbeiter beschäftigen. Noch dazu wären alle diese Arbeiten als produktive zu betrachten, was die selbständige Deckung der damit verbundenen Ausgaben in sich schließt. Schwierigkeiten können nur bei der Finanzierung dieser Arbeiten entstehen, die aber, wie die Sanierung der durch ihre falsche Finanzpolitik in Bedrängnis geratenen Großbanken, dergleichen die Hilfsaktionen für die Landwirtschaft zeigen, nicht unüberwindlich sind.

Neben der planwirtschaftlichen Regelung der Produktion und Arbeitsbeschaffung darf aber auch die Frage der

Arbeitszeit nicht unbeachtet bleiben. Die Gewerkschaften fordern die Einführung der Vierzigstundenwoche. Betrachtet man die heutige technische Ausrüstung der Industrie und die durch sie bewirkte Steigerung der Leistungsfähigkeit der Arbeiter, so rechtfertigt sich die Frage, ob nicht eine noch weitergehende Arbeitszeitverkürzung gefordert werden muß. Doch kann das zunächst dahingestellt bleiben. Ohne Arbeitszeitverkürzung ist jede Arbeitslosigkeitsbekämpfung aussichtslos. Die von privater Seite angestellten Versuche mit der Vierzigstundenwoche sind günstig. Es wurde durch sie nachgewiesen, daß es möglich ist, die Zahl der Arbeitslosen, wenn auch nur örtlich, wesentlich zu vermindern. Was hier erreichbar war, muß sich auch allgemein herbeiführen lassen. Die bisher der Krise wie dem Arbeitslosenproblem gegenüber beobachtete Passivität darf nicht länger andauern. Wir stehen vor einer gewaltigen wirtschaftlichen Umwälzung, die entsprechende Veränderungen in der Organisation der Wirtschaft erfordert, wenn sie ihre Aufgaben in für die Gesamtheit befriedigender Weise erfüllen soll!

Mattutat.

### Nochmal Malergewerbe und Selbstanstrich

In der Nr. 10 des „Maler“ wurde schon zu dem Thema Malergewerbe und Selbstanstrich Stellung genommen. Veranlassung dazu war eine in der Arbeiterpresse erfolgte Auseinandersetzung zwischen den Lack- und Farbendfabrikanten und den Malermeistern zu dieser Frage. Man konnte daraus entnehmen, daß mindestens ein Teil der Erzeuger, nachdem sie ihre Produkte nicht mehr in gewünschten Mengen an den Maler- und Lackiermeister verkaufen können, den Selbstanstrich stark begünstigen, um so Abnehmer für ihr Material zu haben.

Wie es gemacht wird, um den Absatz zu heben dafür greifen wir aus einer Fülle von Material einen Beweis heraus. Es handelt sich um eine kleine Broschüre: „Praktische Winke über Maler- und Anstreicherarbeiten im eigenen Heim“, die mit einem Begleitbriefchen von der Farbengroßhandlung Stefan Klotz, München, vertrieben wird. In dieser zwölf Seiten umfassenden Broschüre wird behauptet, daß nach dem Lesen der in dem Büchlein gegebenen Anleitung es niemand schwer sein wird, ohne vorherige Fachkenntnisse alle im Haushalt vorkommenden Malerarbeiten, wie Streichen der Fußböden, Fenster- rahmen, Türen, Klüben- und Gartenmöbel selbst auszuführen. „Selbst Decken, Wände und Fassaden ihres Hauses zu tünchen ist ebenfalls keine Hexerei“, heißt es dann weiter.

Was müssen doch die Maler für Tölpel sein, daß sie drei, ja vier Jahre gebrauchen, um das zu lernen, was man hier aus einem viertelstündigen Studium der Broschüre lernen kann.

Wer aber nun von den Kunden nach dem Lesen der Broschüre noch nicht ganz im Bilde ist und nicht so recht glaubt, es einem gelerntem Maler gleich tun zu können, für den hat die Firma Klotz noch besonders geforgt. Sie hat dafür den Kundendienst geschaffen, das heißt eine Kraft (Maler) angestellt, die der Kundschaft, allerdings nur jener, die für mindestens 5 M. Material kauft, genaue Anweisung gibt und auf Wunsch alles zum Streichen fertig herrichtet. Um es der Kundschaft recht bequem zu machen, liegt der Broschüre auch gleich eine Karte zur Anforderung des Malers für die gewünschte Stunde bei. Selbstverständlich wird auch das benötigte Handwerkszeug gegen eine geringe Leih- und Einlagegebühr zur Verfügung gestellt. Und nun kann die „Malerie“ beginnen.

Es ist alles so furchtbar einfach. In vier Sätzen ist in der Broschüre gesagt, welche Vorbereitungen zum Streichen notwendig sind. Das Streichen selbst ist spielend leicht, man fest „mit dem Pinsel eine Reihe Supfer neben- und übereinander, bis die meiste Farbe vom Pinsel auf den zu streichenden Gegenstand übergegangen ist; dann erst beginnen Sie mit Streichbewegungen“. Wer lacht da? Bei den Türen, Paneelen usw. mag man damit auskommen, wie aber wird es bei dem Streichen von Fenstern? Hier nißt ein Supfsegen sehr wenig, denn hierbei kommt es vor allem auf das saubere Beschneiden der

Fenster Scheiben an. Auch das Fußbodenstreichen, das schon so vielen Malern oftmals Ärger verursachte, soll eine Spielerei sein. Ob auch jeder Laie sauber an der Fußleiste entlang beschneiden kann? Ob er in jedem Fall die Vorarbeiten richtig macht?

Nach den Anweisungen in der Broschüre ist auch das Streichen von Leimfarbe denkbar unkompliziert. Es wird immer wieder von Leim gesprochen, aber es ist nirgends gesagt, welche Sorte Leim eigentlich gemeint ist. Alle Leimfarbenanstriche, die noch nicht abblättern, braucht man nur mit Seifenwasser abzuwaschen, heißt es in der Broschüre. Man löse zu diesem Zweck 1 Kilo Schmierseife in einem Eimer Wasser, taucht die Streichbürste hinein und wäscht die ganze Decke tüchtig ab; denn sonst würde der Schmutz, der darauf sitzt, den neuen Anstrich grau und streifig machen.“ Na, dann viel Vergnügen. Kein Wort davon, daß, je nach dem Duz, auch die Arbeit verschieden sein muß, aber dafür hat man ja den „Kundendienst“, der den Laien in einer Viertelstunde zum Maler macht. Der Kunde soll auch beileibe nicht nur anstreichen, nein, die Wand kann mit einem Strich oder einer kleinen Bordüre abgeschlossen werden. Mit Streumuster lassen sich ohne große Mühe hübsche Wanddekorationen erzielen. Soll das Zimmer besonders schön werden, wird es schabloniert. Junge, Junge, wenn das man gut geht.

Es wird in der Broschüre dann noch das Tünchen mit Rast behandelt, auch werden für Hausanstriche Fingerzeige gegeben. Hierbei werden die Dinge wiederum so dargestellt, als wenn es sich dabei um von jedem Laien leicht zu bewältigende Arbeiten handelt.

Sich noch mehr mit dieser Broschüre beschäftigen hieße, ihr zu viel Ehre angedeihen lassen. Man sieht aber, mit welchen Mitteln vom Farbenhandel gearbeitet wird, um ihre Produkte an den Mann zu bringen, wenn auch das Malergewerbe dabei völlig vor die Hunde geht und die Selbststreicher das für die Malerarbeiten gesparte Geld in Form von Steuern für die Wohlfahrtsunterstützung für die erwerbslosen Malergehilfen doch ausgeben müssen.

### Den neuen Junggehilfen

Viele Mitglieder unserer Jugendabteilung haben in diesen Tagen einen neuen Abschnitt ihres Lebens beendet. Vor drei oder vier Jahren glaubten sie, daß ihnen eine Freiheit winkte: die Freiheit vom Schulzwang und von enger Bevormundung durch die Eltern. Gar mancher sah sich darin getäuscht. Der Schulzwang fiel nicht ganz und die Bevormundung durch den Meister war größer als die durch das Elternhaus. Dafür winkt aber nun die endgültige Freiheit — der ersehnte Moment, wo der junge Maler oder Lackierer sich auf sich selbst gestellt sieht und sich lästige Bevormundung verbieten kann. Nunmehr kann er frei sein können beweisen und mit wohlverdientem Lohn sein Leben einrichten.

Ja, so war es geträumt und so sollte es auch sein. So war es auch in den meisten Fällen seither; nur wer sich drei oder vier Jahre lang in den Händen eines gewissenlosen Lehrlingszüchters befunden hatte, sah sich enttäuscht und hatte mit Beginn der Gehilfenzeit arge Schwierigkeiten.

Die sogenannte Gesellschaftsordnung hat es nun so weit gebracht, daß diese neugewonnene „Freiheit“ des Junggehilfen einen sehr sehr bitteren Beigeschmack hat, daß sie heute für den größten Teil eine Freiheit zum Stempelgehen, mit ungewisser Aussicht auf Arbeit, dafür aber mit der Gefahr, das Erlernte wieder zu verlieren, ist. Eine einseitigere Lehre für den neuen Junggehilfen, dem Verbannte die Treue zu halten, kann es kaum geben. Denn, wenn unter solchen Verhältnissen die Kollegen ohne Organisation, isoliert stehen wollten, müßte es ihr unaufhaltsamer Niedergang sein. Es würde bedeuten, daß die Arbeitgeber vollkommen freie Hand hätten, denen, die nach und nach wieder in Arbeit kommen werden, Bedingungen zu diktieren, die noch jahrelang und jahrzehntelang auf der Kollegenschaft lasten würden. Es wäre dann ein sehr zweifelhaftes Glück, Arbeit zu haben.

Darum, Jungkollegen, begrüßen wir euch mit Hand-schlag in unsern Reihen, den Reihen der erwachsenen

### Die Fachzulage

(Fortsetzung.)

Zu Hause hatte er auch keine Sorgen. Die guten Happen wurden immer spärlicher. Anstatt Butter gab es nur noch Margarine; statt Fleisch meistens Knochen. Im Kreise seiner Verwandten und Bekannten ließ er jedoch davon nichts merken. Er liebte es, als der gut bezahlte und tüchtige Arbeiter angesehen zu werden. Es wurde ihm aber immer schwerer, den Schein zu wahren. Da gab es so allerlei unangenehme Situationen. Den Stat- abend mußte er aufgeben. Seinen Statbrüder ging er möglichst aus dem Weg, um nicht Rede und Antwort stehen zu müssen, weshalb und warum. Der Sparklub „Siene“, dem er angehörte, hatte einen Ball angelegt, aber Pummel hatte kein Geld, um mitzumachen. Darüber war seine Frau sehr erbost. „Man hat rein gar nichts mehr vom Leben“, seufzte sie. So bekam auch sein Ehe- leben den ersten ernsthaften Stoß. Zu Ostern sollte seine älteste Tochter konfirmiert werden. Dann stellte sich die ganze Verwandtschaft und Bekanntschaft ein und es hieß, tüchtig Speise und Getränke auffahren lassen. Es waren meistens alle gutkinnerte Kleinbürger, die sich bei solchen Anlässen auch nicht lumpen ließen, und Pummel war überall gern dabei gewesen, wenn es einen guten Happen und einen guten Tropfen gab. Nun sollte er sich reband- dicken. Er dachte mit Schrecken und Sorgen daran und fürchtete eine Katastrophe. Was sollten die Leute denken, er konnte ihnen doch keine Pellkartoffeln und Hering vor- legen. Er hatte doch so seine Leute in seiner Bekann- tchaft. Oder wenn nur gar der Herr Pastor selber kam zum Statulieren. Es war schrecklich, die Folgen auszu- denken.

So kam er eines Tages wieder einmal mit seinem „großen“ Becherglase nach Hause. Stumm legte er die Leinwand, die etwas über 3/4 Mark enthielt, auf den Tisch. „Nun, du mußt mehr verdienen“, sagte seine Frau. Zegar keine jüngste sagte: „Oh, Papa, so wenig

verdienst du!“ Was kann ich dafür, wenn der Akkord verackert ist“, polterte Pummel los. „Dann seh doch mal zu, ob du nicht Lohnzulage kriegen kannst“, gab ihm seine Frau zur Antwort. Pummel horchte auf, daran hatte er auch schon gedacht. Er hatte gehört, daß es auf der Werk- stoff Fachzulagen gebe für Arbeiter, die tüchtig waren. Obgleich ihm das Betteln um Zulage ein Greuel war, beschloß er, doch den Versuch zu machen.

So wandte er sich denn am nächsten Morgen an seinen Meister, den langen Bruchholz. Dieser sah ihn ganz erstaunt, fast erschrocken von oben herab an. „Was, Sie wollen Zulage haben?“, fragte er dann gebohrt. Pummel bejahte. „Nun, davon wird wohl nichts werden“, bekam er zur Antwort. „Warum denn nicht?“ fragte Pummel erstaunt zurück. Darauf murmelte der Meister etwas von besonderen Arbeiten und von Leuten, die schon länger hier seien. Als Pummel ihn darauf fragte, wie lange man denn hier sein müßte, um Zulage zu erhalten, bekam er zur Antwort, das ginge ihn gar nichts an. Mit dieser Antwort ließ er ihn stehen. Der erste Angriff war also abgefallen. Ärgerlich kam er nach Hause und erzählte von seinem Mißerfolg. Seine Frau schaltete ihn von neuem auf, es nochmals zu ver- suchen. Diesmal hieß es, wir wollen mal sehen. Bei dem Mal-sehen-wollen blieb es. Als ihm dies zu lange dauerte, fragte er wieder an. Jetzt verwies man ihn an den Ober- meister. Dieser, der sonst oftmals stundenlang wie der Blitz auf dem Schiff hin- und herliefte, war jetzt, wo er ihn haben wollte, nirgends zu finden. Sein Büro lag am andern Ende des Werkplatzes. Wenn man dahin wollte, so mußte man schon die Mittagspause opfern, denn es war streng verboten, während der Arbeitszeit das Schiff zu verlassen. Als Pummel sich schließlich in die Höhle des Löwen wagte, war der Gewaltige nicht da. Er hatte umsonst seine Mittagspause geopfert. So verging die Zeit, und die Angelegenheit kam keinen Schritt vorwärts. Pummel wurde nervös dabei. Zu Hause wunderte sich die

Frau, daß der Wochenlohn immer derselbe blieb. Da wurde er energisch. Es fiel ihm freilich schwer genug, aber selbst seine gebuldige und passive Natur bäumte sich schließlich auf. Es kam zu einer Auseinandersetzung mit dem langen Bruchholz. Diese endigte damit, daß dieser knurrend abhaute mit den Worten: „Na, warten Sie man, Sie kriegen Zulage.“ Dunkel war Pummel der Rede Sinn. Wie es gemeint war, sollte sich aber bald heraus- stellen. Die Meister hatten noch Mittel, um auffällige Leute ihre Macht fühlen zu lassen.

Als Pummel seine Arbeit nach zwei Tagen beendet hatte, steckte man ihn in eine Anstreicherkolonne. Man drückte ihm einen schweren Kopf voll Mennig in die Hand und hieß ihn, sich mit Kosttrager und Stahlbürste be- waffnen. Mit den guten Arbeiten war es vorbei. Seine Hauptarbeit bestand jetzt in Kosttragen und Mennigen sowie ähnlichen unangenehmen Arbeiten. Er war erst ziemlich erstaunt über diese Wandlung, denn er wußte nicht recht, wie er dazu gekommen war. Erst als ihn Kollegen fragten: „Na, Pummel, was hast du denn aus- gefressen?“ ging ihm ein Licht auf. Das sollte also eine Strafe sein. Diese Erkenntnis drückte ihn ganz nieder. Immer deutlicher fühlte er seine Machtlosigkeit als einzelner.

Die Fachzulage war in weite Ferne gerückt. Für diese Arbeiten gab es sicher keine Zulage. Aber er wollte den Kampf trotzdem nicht aufgeben. Ein verzweifelter Eros bemächtigte sich seiner. Er begann nachzudenken über die Mittel, die nötig sein müßten, um eine bessere Entlohnung zu erreichen. Bisher hatte er sich noch nicht viel um derartige Probleme gekümmert. Er gehörte zu denen, die wohl ernten, aber nicht säen und mitarbeiten wollten. Wenn seine organisierten Berufskollegen höhere Löhne im Laufe der Jahre erkämpft hatten, so hatte auch er seelenruhig den Erfolg für sich in Anspruch genommen. Den Anstoß an seine Berufsorganisation hatte er aber bisher nicht für nötig befunden. So ging es den meisten

Kollegenschaft. Wir haben euch mit Freuden in der Jugendabteilung gesehen, wo ihr euch übtet, für euer Recht einzustehen und beruflich stark zu werden. Wir wollen nun keinen von euch in unsern Reihen missen. Hier gibt es noch größere Aufgaben zu erfüllen: ihr werdet jetzt zu kämpfen haben, Mann neben Mann. Ihr werdet nicht die Schule der Jugendabteilung durchgemacht haben wollen, um nun, wo es um größere und neue Aufgaben geht, beiseitezustehen. Vergesst darum nicht, euch rechtzeitig bei eurem Kassierer oder der Filial- oder Zahlstellenverwaltung als Vollmitglied vorzustellen, den Uebertritt von der Jugendabteilung zur erwachsenen Kollegenschaft zu vollziehen. Euer Einzelinteresse gebietet es euch schon deswegen, damit ihr der Vergünstigung, die Lehrlingsmärkten nach dreizehnwöchiger Entrichtung von Vollmärkten als Anwartschaft angerechnet zu erhalten, nicht verlustig geht.

Wir grüßen euch!

### Wird endlich Ernst gemacht?

Es wurde schon in der Nummer 12 des „Maler“ auf die Tatsache hingewiesen, daß die Regierung ernstlich zu der Frage der zuzuführenden Arbeitsbeschaffung Stellung nehme. Nun wird bekannt, daß auch der Vorläufige Reichswirtschaftsrat Untersuchungen über die Möglichkeit der Arbeitsbeschaffung anstellte. Es handelt sich um die auch von den Gewerkschaften geförderten Bestrebungen, die Wirtschaft planmäßig durch Bereitstellung von zuzuführenden Arbeiten anzuregen. Ueber den Umfang der ihm vorliegenden Projekte gibt der Reichswirtschaftsrat folgende Zusammenfassung:

	Kredite (in Millionen Mark)	Arbeitskräfte
Reichsbahn	100	30 000
Reichspost (für 1932)	50	15 000
Strassenbau	200—710	77 000—300 000
Schiffbau	230	105 000
Landwirtsch. Meliorationen	200	120 000
Milchwirtschaft (für 1932)	50	10 000
Hausrparaturen	300—500	135 000—225 000

Man hofft, diese Arbeiten mit Hilfe der Reichsbank finanzieren zu können, ohne daß es zur Inflation bzw. Inflationserscheinungen kommt.

Eine besondere Rolle spielen die Hausreparaturen. Hier denkt man an eine Uebertragung der in Bayern verfolgten Methoden auf das ganze Reichsgebiet. In Bayern hat man bei der Beschaffung von Reparaturkrediten bisher die öffentliche Verwaltung weder mit Kosten noch mit Risiken belastet. Beides konnten in vollem Umfange die bankmäßigen und sonstigen Organisationen der Hausbesitzer auf sich nehmen. Die Kredite in Bayern sind auch im Laufe von ein bis zwei Jahren zurückgefließen und konnten schnell wieder in Umlauf gesetzt werden. Das Projekt des Reichswirtschaftsrats schätzt die Aufwendungen pro Haus auf 2000 M., was bei einer Million Althäuser einen Betrag von 2 Milliarden Mark bedingt. Von dieser Summe sind nach Auffassung des Reichswirtschaftsrats infolge der gesunkenen Materialpreise und der gesunkenen Löhne 25 % abzusetzen. Bei den verbleibenden Aufwendungen wäre eine Neueinstellung von 400 000 Arbeitern an Ort und Stelle und von 200 000 bis 300 000 Arbeitern in der Herstellung von nötigen Materialien möglich.

Die energische Forderung der Gewerkschaften auf Arbeitsbeschaffung, die gelegentlich des am 23. März stattfindenden Gewerkschaftskongresses noch verstärkt erhoben werden wird, hat mindestens schon den Erfolg gehabt, daß sich alle verantwortlichen Stellen mehr als bisher mit dem Problem der Arbeitsbeschaffung auseinandersetzen und dafür ernstlich gangbare Wege suchen.

## Regelmäßige Bücherkontrollen müssen überall durchgeführt werden!

Werftarbeitern. Im Durchschnitt waren kaum 30 Prozent organisiert. In ein geschlossenes Vorgehen zur Beseitigung der herrschenden Mißstände war unter diesen Umständen nicht zu denken. Jeder wurstelte für sich darauflos und versuchte, durch Betteln oder durch Schmus ein paar Pfennige Zulage zu erhalten. Aber die Wertfleiterung hatte die Schwäche der Belegschaft natürlich genau erkannt und war hartnäckig. Sie zahlte durchschnittlich nur den niedrigsten von dem dreiteiligen Tariflohn. Nur ganz wenige Renommearbeiter bekamen Zulage. Dummel hatte bisher vergeblich einen Kollegen gesucht, der eine höhere Entlohnung hatte, trotzdem er schon viele gefragt hatte.

Als er endlich einen fand, hörte er, daß es ein früherer Streikbrecher war. Nun, wo er selbst unter diesen Umständen zu leiden hatte, wurde er plötzlich furchtbar radikal. Er begann sogar politisch zu werden. Er wußte nur nicht recht, was nun das Richtige sei, ob Kommunismus, Sozialismus, Anarchismus oder sonst ein Ismus. Er begann furchtbar zu schimpfen auf die Juden, die Bonzen, die Pfaffen und alle möglichen Leute, die schuld sein sollten an diesem Elend. Es war nicht die klare Erkenntnis seiner Klassenlage, die ihn radikal machte, sondern der Egoismus, es war das Aufbäumen eines wildgewordenen Spießbürgers. Solidaritätsgefühl mit seinen Massengenossen war ihm ein unbekannter Begriff. Er träubte sich gegen die Erkenntnis, daß auch er einen Teil Schuld mittrage an den Zuständen, unter denen noch heute der größte Teil der Arbeiter zu leiden hat. Er fand auch wenig Gelegenheit zur Unterhaltung mit seinen Kollegen über diese Dinge. Es hieß, immer feste schütten, und überall liefen Aupasser herum. Nur auf der Latrine gab es manchmal politische Gespräche, aber die waren auch danach. Man wurde nie recht klug daraus, die Anzeichen waren zu verschieden. Da gab es Leute, die wollten die Scheiben einhauen, wenn es nicht besser würde. Viele hofften auf die Weltrevolution, einige auf das Dritte Reich und die meisten gar nichts mehr. (Schluß folgt.)

Fachkurs für erwerbslose Kollegen mit Unterstützung durch das Arbeitsamt in Bad Homburg v. d. Höhe.



Filiale Frankfurt am Main.

### Die Arbeiterbank im Jahre 1931

Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten AG. erstattet ihren Geschäftsbericht für das vergangene Jahr. Von den für die übrige Bankwelt so außerordentlich verhängnisvollen Abzügen von Auslandsguthaben ist die Arbeiterbank unberührt geblieben, da sich ihr Einlagebestand fast ausschließlich auf echte inländische Depositen und Spargelder stützt. Durch die fortschreitende Schrumpfung der Wirtschaft und die daraus resultierende Steigerung der Arbeitslosigkeit erfolgte eine Schmälerung des Einlagebestandes von 168 Millionen Mark Ende 1930 auf 135 Millionen Mark Ende 1931. Entsprechend dem Einlagerückgang ist auch der Gesamtumsatz niedriger gewesen; er beträgt 3,068 Milliarden Mark gegenüber 3,363 Milliarden Mark im Jahre 1930.

Neu eröffnet wurden im Jahre 1931 selbständige Zahlstellen in Dortmund und in Lübeck.

Die Arbeiterbank zeigt für Ende 1931 einen Gewinn von 583 000 M. Außerdem sind zur inneren Stärkung des Instituts erhebliche Rückstellungen vorgenommen worden. Obwohl dieser Gewinn dazu ausreichen würde, eine den Verhältnissen angemessene Dividende den Aktionären zur Verfügung zu stellen, schlägt der Vorstand vor, von einer Gewinnanschlüttung in diesem Jahre abzusehen und den Gewinn auf neue Rechnung vorzutragen.

Dank der Politik weitgehender Liquidität war es der Arbeiterbank möglich, allen Anforderungen gerecht zu werden. Sehr günstig wirkte sich diese hohe Liquidität des Instituts an dem kritischen 13. Juli 1931 aus, an dem ohne jede Einschränkung alle Wünsche der Einleger befriedigt werden konnten. Diese Tatsache, sowie die den Interessen der Rundschaft angepasste weitherzige Handhabung der Ueberleitungsrichtlinien in den folgenden Wochen hat wesentlich dazu beigetragen, das Vertrauen der Rundschaft zur Arbeiterbank nicht nur zu erhalten, sondern auch zu stärken. Es war infolgedessen auch ein vergebliches Bemühen der gewerkschaftsfeindlichen Kreise, in Presseveröffentlichungen und in Versammlungen durch Verbreitung falscher Nachrichten Mißtrauen gegen die Arbeiterbank zu wecken. Alle diese Bemühungen sind gescheitert an dem gesunden Sinn der Rundschaft der Arbeiterbank, die sich durch eigene Erfahrungen genügend Klarheit geschaffen hatte, daß die Arbeiterbank auch in Krisenzeiten durchaus fest und sicher dasteht.

### Nazis und Gelbe

Wenn zwei sich streiten . . .

Schon monatelang geben sich die Nationalsozialisten größte Mühe, durch Gründung von Betriebszellen-Organisationen die Gewerkschaften zu schwächen. Die Tragikomödie des Schicksals hat nun gewollt, daß nicht die Gewerkschaften, sondern deren gelben Feinde von der nationalsozialistischen Wühlerei erschüttert wurden. Zahlreiche von den Gelben gegründete vaterländische Werkvereine sind zu den Halenkreuzlern hinübergezogen worden.

In einem langen „Offenen Brief an Herrn Adolf Hitler“ hat sich nun der gelbe Werksgemeinschaftsführer Wilhelm Schmidt sehr über diese Nazi-Konturrenz beschwert. Angewollt fließt hierbei eine Reihe bitterer Wahrheiten heraus, die jeden Gewerkschafter erfreuen. Der gelbe Führer schreibt:

„Herr Hitler! Wo sind ausgerechnet in Ihrer NSD- Arbeiterpartei die Arbeiter in führenden Positionen? Sie selbst — ja — darüber hinaus ist der Arbeiter in der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei nur ein einseitig gehorchender Befehlsmann. Sie sind Arbeiter — Dekorateur von Beruf — ich, der Schriftsetzer, erkläre Ihnen, wenn Ihre Partei die beschrittenen gewerkschaftlichen Bahnen weiter wandelt, dann wird nicht die NSDAP die Gewerkschaften, wohl werden aber die Gewerkschaften die NSDAP zerfetzen und zur Auflösung bringen.“

„Herr Hitler! . . . Wenn sich aber heute auf der Straße mit viel Gebrüll deutsche Arbeiter gegenseitig das Messer in den Körper jagen, ist damit dem deutschen Arbeiter gebietet? Ist diese Irreleitung der Lebenskräfte des Arbeiters geeignet, dem Ansehen des deutschen Arbeiterstandes zu dienen? Wo ist hier der Kampf mit geistigen Waffen? Liegt in den Gewährenlassen dieser Zustände nicht eine direkte Mißachtung des Arbeiters?“

Herr Hitler! Lassen Sie den Geschreibern und Hezrednern Ihrer Partei zum Ausdruck bringen, daß man vor der Ehre und der Persönlichkeit seiner Mitmenschen Respekt haben muß, wer diese Eigenschaft nicht bekundet, dessen Ehre ist keinen Schuß Pulver wert!“

Nach dieser kalten Dusche folgt noch eine weitere Abfälligkeit in der Betriebsratfrage. Hierzu erklärt der deutschnationalen Werksgemeinschaftsführer:

„Erfahrungstatsache ist, daß ausgesprochene NSDAP-Betriebsräte nicht gerade selten fast stets „Versager“ sind, in ihrer Hilflosigkeit gegenüber wirtschaftlichen, sozialen und arbeitsrechtlichen Fragen bieten sie oft einen kümmerlichen Anblick.“

Eine bessere Kritik wäre auch uns unmöglich gewesen. Wir können nur hinzufügen, daß die Gelben selbst auch keinen Schuß Pulver mehr wert sind als die Nazis. Welche Streikbrecherforten sind Feinde der organisierten Arbeiter und verdienen gleichartige, rücksichtslose Bekämpfung durch die freie Gewerkschaftsbewegung.

Schmidt.

## Aus d. Verbandsleben

Karlsruhe. Die Filiale hat einen schweren Verlust erlitten. Am 4. März starb Kollege Wilhelm B u o b im Alter von 56 Jahren, der 33 Jahre dem Verbandsangehörte und damit das älteste Mitglied der Filiale war. Durch seine eifrige gewerkschaftliche und politische Arbeit, er war Mitbegründer von Filialen und Zahlstellen unseres Verbandes, hat er sich einen ehrenvollen Platz in der Verbandsgeschichte erworben. Seine treue, aufopfernde Tätigkeit wird allen Kollegen ein Vorbild zur Nachahmung sein.

Stettin. Auf der im Februar dieses Jahres stattfindenden Jahres-Generalversammlung der Filiale gab der Vorsitzende, Kollege Dre h l e r, den Jahresbericht. Er bezeichnete das verfloffene Jahr als das schlechteste der Nachkriegszeit. Die Arbeitslosigkeit ist ständig gestiegen. Die Drofflung des Wohnungsbaues und das Nichtvorhandensein von Winterbauten bedeuten wenig Aufträge für das Malergewerbe. Privatarbeiten kommen kaum noch in Frage. Arbeitslos sind zur Zeit 82 % der Kollegen. Die Arbeitsverhältnisse in der Industrie haben sich ebenfalls weiter verschlechtert. In den Stoewer-Werken wurde bis April Kurzarbeit verrichtet. Nachdem die Vorarbeiten für den projektierten Kleinwagen durchgeführt waren, wurde die Einstellung von Arbeitskräften vorgenommen. In der zweiten Jahreshälfte kam es infolge der Wirtschaftskrise und damit verbundenen Kreditwierigkeiten zum Ruin. Viele Entlassungen erfolgten. Unter den Entlassenen befand sich ein großer Teil unserer Lackiererkollegen. Gute arbeiten nur noch einige kriegsbeschädigte Kollegen im Werke. In der Werkindustrie waren nur in den Sommermonaten noch einige Kollegen beschäftigt.

Wie überall, so sehr auch in unserem Beruf der Sturm der Arbeitgeber gegen unsere Löhne und sozialen Einrichtungen ein, der aber, wie aus den Berichten über die Lohnverhandlungen in Erinnerung ist, zum größten Teil abgeblasen werden konnte.

In der Mitgliederzahl der Jugendabteilung ist leider ein Rückgang eingetreten. Dieses ist eben, was vornehmlich auf die mangelnde Geschäftstätigkeit zurückzuführen ist. In den Versammlungen wurden Jugendfragen erörtert und Vorträge über wichtige Themen gehalten. Im Winterhalbjahr wurde an 20 Sonntagen praktischer Unterricht im Malen erteilt. Die auslernenden Jungkollegen wurden auf die Wichtigkeit der Befellenprüfungen hingewiesen und ihnen über einschlägige Fragen Aufklärung gegeben.

Die Geschäfte der Filiale wurden in 11 Mitglieder- versammlungen, 41 Vorstandssitzungen, Rassenrevisionen und Vertrauensmännerversammlungen erledigt. Weiterhin fand am 12. Juli eine Bezirkskonferenz statt. In mehreren Fällen mußten wir das Ortsamt anrufen. Alle Klagen wurden gewonnen. Zum Schluß seiner Ausführungen betonte Kollege Dre h l e r, daß alle Bestrebungen zu bekämpfen seien, die auf eine Schwächung unseres Verbandes hinzielen. Er bitte deshalb, der Organisation weiter die Treue zu wahren.

Aus dem Bericht, den der Kassierer, Kollege Schmidt, gab, ging hervor, daß die Rassenverhältnisse stabil sind. Der gesamte Filialvorstand wurde einstimmig wiedergewählt.

Unter „Verschiedenem“ gab Kollege Sem f l o einen kurzen Bericht über die Ortsauschüßung, die sich insbesondere mit der Bildung von Hammerclubs innerhalb der Eisernen Front befaßt habe. Auch unsere Kollegen müßten hierbei ihren Mann stehen.

Willy Gruschinski.

Wiesbaden. Unsere Jahresgeneralversammlung, die den Tätigkeits- und Rassenbericht der Filialverwaltung entgegennahm, die Wahlen des Vorstandes durchführte sowie die vorliegenden Anträge und geschäftlichen Angelegenheiten erledigte, wurde am 6. März dieses Jahres im Volkshaus Wiesbaden abgehalten.

Bevor die Tagesordnung behandelt wurde, ehrte die Versammlung die im letzten Quartal verstorbenen Mitglieder.

Den Geschäfts- und Rassenbericht gab der Geschäftsführer, Kollege Sch m a l l e. Der Rassenbericht vom vierten Quartal 1931 weist eine Gesamteinnahme von 21 100,80 M auf. Die gesamten Ausgaben betrugen 15 353 M, so daß ein Rassenbestand von 5757,80 M verblieb.

Im Geschäftsbericht führte Kollege Schmale unter anderem folgendes aus: Das verfloffene Jahr brachte keine Besserung der Verhältnisse, im Gegenteil haben wir uns in allen unsern Hoffnungen getäuscht. Berechtigter Anzuehmen gewinnt immer mehr Boden unter der Arbeiterschaft. Jahrzehntelange Ertragsengpässe sind in Gefahr, verlorenzugehen. Eine Neuordnung folgte der andern. Infolge der schlechten Wirtschaftslage wurden die Vertreter der Arbeiterschaft in eine Abwehrstellung hineingedrängt. Die erhoffte Entlastung des Arbeitsmarktes ist ausgeblieben und somit auch die finanzielle Entlastung der öffentlichen Stats. Eine Reihe von Härten aus der dritten und vierten Notverordnung konnte durch das Eingreifen der Gewerkschaften gemildert werden.

Alle Anwesenden bekundeten, daß der Verlust an Mitgliedern bei gegebener Zeit wieder ausgeglichen werden müsse, denn nur Geschlossenheit führe zum Ziel.

Der Bezirksleiter, Kollege **Uth**, bekräftigte die gemachten Ausführungen unter Hinweis auf den alten, kampferprobten, gesunden Mitgliederstamm der Filiale.

Die von der Hauptverwaltung unseres Verbandes getroffenen Sparmaßnahmen ließen sich nicht vermeiden. Bezüglich der uns noch bevorstehenden Kämpfe riefte Kollege **Uth** aufmunternde Worte an alle Anwesenden, das bestehende Bollwerk der Gewerkschaften durch Zuführung neuer Mitglieder weiter zu stärken. Aller Kleinliche Streit müsse beiseite gelassen werden, um den Unternehmern beim nächsten Treffen gerüstet gegenüberzutreten.

Die durchgeführten Bildungsturse des **AOB** für Arbeitslose und unsere Lehrlinge erfreuten sich eines guten Zuspruchs.

Dass die Versammlung sich einig war im Handeln und sich mitverantwortlich fühlte, bewies die einstimmige Wiederwahl der Filialverwaltung. — Nach einem Appell des Vorsitzenden an die Versammelten, sich der „Eisernen Front“ anzuschließen, konnte die harmonisch verlaufene Versammlung geschlossen werden.

## Genossenschaftliches

### Vom Stand der Lebensversicherung in Deutschland.

Ein äußerst interessantes Zahlenmaterial enthält der vom Verband deutscher Lebensversicherungsgesellschaften herausgegebene Bericht über den Geschäftsverlauf 1931 der ihm angeschlossenen Gesellschaften. Danach waren 8,4 Millionen Versicherungen bei 50 Gesellschaften am Jahreschluss in Kraft, wovon 6,2 Millionen zur sogenannten kleinen Lebensversicherung mit einer Durchschnittsvericherungssumme von je 417,32  $\text{M}$  zu rechnen sind. In der großen Lebensversicherung, die eine durchschnittliche Versicherungssumme von 5235,67  $\text{M}$  je Police hatte, waren 2,2 Millionen vorhanden.

Rechnet man den Gesamtbestand der bei den 18 öffentlich-rechtlichen Anstalten bestehenden Versicherungen — nach vorsichtiger Schätzung sind es rund 1,5 Millionen —, die bei der Volksfürsorge vorhandenen 2,2 Millionen Versicherungen und die bei sonstigen einschlägigen Unternehmungen abgeschlossenen Versicherungen hinzu, so ergibt sich ein Gesamtbestand von rund 13,5 Millionen Lebensversicherungen, die in Deutschland zur Zeit vorhanden sind, so dass also jeder fünfte Deutsche lebensversichert ist. Auch zahlreiche nicht erfasste Sterbefälle gewähren ihren Mitgliedern Versicherungsschutz. An Prämien dürften von sämtlichen Versicherten im Jahre 1931 rund 800 Millionen  $\text{M}$  aufgebracht worden sein. Auf die Gesamtbevölkerung Deutschlands verteilt, ergibt sich also pro Kopf eine jährliche Prämienleistung für die Lebensversicherung von etwa 12  $\text{M}$ .

Nicht nur die Bedeutung des privaten Versicherungswesens für die dringend-notwendige Kapitalbildung und demzufolge für den wirtschaftlichen Impuls lässt sich schon aus diesen wenigen Zahlenbeispielen vermuten, sondern sie zeigen auch, wie tief in den breiten Volksschichten der Versicherungsgedanke verwurzelt ist. Auch die Arbeiterschaft hat den Wert einer guten Lebensversicherung seit langem erkannt und mit der Volksfürsorge ein in jeder Hinsicht bewährtes und leistungsfähiges Eigenunternehmen geschaffen. Die 2,2 Millionen Volksversicherungen bei der Volksfürsorge, also ein Viertel aller kleinen Lebensversicherungen Deutschlands überhaupt, legen Zeugnis von ihrer überragenden Größe und Bedeutung ab.

## Wirtschaftspolitik

### Arbeitsbeschaffungspläne des Internationalen Arbeitsamts.

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamts, **Albert Thomas**, hat kürzlich bei der deutschen Regierung vorgeschlagen, um ihr die vom I.A. ausgearbeiteten Pläne zur Arbeitsbeschaffung im internationalen Maßstab vorzulegen. Die internationale Arbeitsbeschaffung, so erklärte **Thomas** gegenüber einem Vertreter des **SP**, sei keine hoffnungslose Sache. Auf die Frage, ob das I.A. Geld zur Arbeitsbeschaffung habe, hat dieses geantwortet: Erst sei die Aufstellung eines Planes notwendig, ehe man an die Heranschaffung von Geld zu denken habe. „Je besser und solider ein Arbeitsbeschaffungsplan ausgearbeitet ist, desto mehr Aussicht hat er auch finanziert zu werden.“ **Thomas** erklärte weiter, dass Ende März in Paris eine neue bedeutende Verhandlung zur Förderung der internationalen Arbeitsbeschaffungspläne stattfinden würde. Das I.A. strebe danach, auf dem Wege internationaler Arbeitsbeschaffung in Europa den Frieden anzubahnen. Borerst wolle man ein Übereinkommen für den Kohlenbergbau zu schaffen versuchen. Die Aussichten hierfür sind keineswegs ungünstig. Das I.A. würde sich ein großes Verdienst erwerben, wenn es ihm gelingen würde, greifbare Resultate auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung zu erreichen.

## Er will's riskieren.

**Henry Ford** erklärt der Presse, dass er bereit sei, alles zu tun, um die Wirtschaft anzukurbeln. Beabsichtigt ist ein Produktionsprogramm von 1,5 Millionen Wagen im Jahr. Die Herstellung der neuen Modelle soll alsbald beginnen und in kürzester Frist sollen 5000 bis 10000 Wagen täglich hergestellt werden. Hierzu sei die Beschäftigung von 100.000 Arbeitern zu einem Tageslohn von 6 Dollar notwendig. Die 5000 Materiallieferanten würden weitere 300.000 Arbeiter beschäftigen. In der eigenen Werks der **Ford Motor Co.** hergestellten Stahl im Werte von 16,5 Millionen Dollar würde die Gesellschaft Stahl im Werte von



zum Bauen gehört vor allen Dingen Geld. Jeder Neubau erfordert bestimmte Kapitalien, die auf längere Zeit auf dem Hause festgelegt werden müssen. Durch die Zerrüttung der Kapitalmärkte, im wesentlichen eine Folge der Reparationszahlungen und der Weltwirtschaftskrise, sind heute überhaupt fast gar keine Kapitalien mehr auf dem Markt angeboten, und so kommt es, dass auch der Bauproduktion fast vollkommen darniederliegt. Auf dem Wege ist nach Schätzungen des Instituts für Konjunkturforschung gezeigt, welche Summe in den einzelnen Nachkriegsjahren in Neubauten in Deutschland investiert wurden. Man sieht, dass in den Jahren 1927 bis 1930 — absolut berechnet — bedeutend mehr Geld für Bauzwecke ausgegeben wurde als im letzten Vorkriegsjahre. Berücksichtigt man aber, dass die Baukosten bedeutend höher waren als in der Vorkriegszeit, so ergibt sich, dass noch in keinem Jahre seit der Inflation so viel Mittel auf dem Bauprodukt zur Verfügung standen wie in der Vorkriegszeit. Die Senkung der Baustoffpreise, die in den letzten Monaten erst stärker in Erscheinung trat, wirkte sich in der Bauproduktion noch nicht aus und wird sich bei dem Mangel an Baukapital auch in der nächsten Zeit noch nicht auswirken können. Dies ist um so betrüblicher, weil ein großer Teil des Arbeitsmarktes durch die Bauproduktion beeinflusst wird und ferner auch weiteste Kreise des deutschen Mittelstandes am Bauprodukt Arbeit und Einkommen finden.

47 Millionen Dollar am freien Markt kaufen; Karosserien im Werte von 16 Millionen Dollar werden in eigenen Werken fabriziert, und daneben sollen für 140 Millionen Dollar Karosserien am freien Markt beschafft werden. Ford bekundet zweifellos den Willen zur Tat. Derartige Anlaufversuche können geeignet sein, der Gesamtwirtschaft einen kräftigen Impuls zu verleihen. Man hört leider nichts davon, ob auch in den Ford-Werken in Europa etwas unternommen werden soll.

## Sozialpolitisches

### Die Bedeutung der deutschen Ausfuhr.

Zimmer neue Apokalypsen treten auf, um für die Autarkie zu werben. Die Nationalsozialisten sehen in der Abwertung Deutschlands den Kernpunkt ihres Wirtschaftsprogramms. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß von der Gesamtzahl der beschäftigten Erwerbstätigen in Deutschland, die sich im Jahre 1931 auf 29,5 Millionen belief, 3,6 Millionen oder 12% für die Ausfuhr tätig sind. Der Produktionsnettoertrag belief sich, wie wir der bekannten Zeitschrift „Europa-Wirtschaft“ entnehmen, auf etwa 30 Milliarden  $\text{M}$ . Davon entfallen auf die Landwirtschaft 10,5 Milliarden  $\text{M}$ , auf die Industrie ohne Ausfuhrerzeugung 12 Milliarden  $\text{M}$  und auf die Ausfuhrerzeugung 7,5 Milliarden  $\text{M}$ . Die zur Ausfuhr gelangenden Waren machen etwa 25% der Güternettoproduktion aus. Diese Tatsachen werden von den Befürwortern der Autarkie stets verschwiegen.

## Produktive Erwerbslosenhilfe.

Der erst jetzt erscheinende Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung über das Kalenderjahr 1930 analysiert in einer Anzahl von Statistiken die ungünstigen Verhältnisse des damaligen Arbeitsmarktes, die sich ja inzwischen sehr viel weiter verschärft haben.

Ueber das Problem der werthaffenden Arbeitslosenfürsorge erfährt man, daß 1930 nur 20.000 bis 40.000 Notstandsarbeiter aus der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge, gegenüber mehr als 100.000 Mitte 1929, beschäftigt wurden. (Daneben kommen noch Wohlfahrts-erwerbslose in Betracht.) Sie haben vom 1. Oktober 1929 bis 31. Dezember 1930 11,6 Millionen Tagewerke geleistet. Im ganzen waren 126 Maßnahmen mit 608 Millionen

Mark Gesamtkosten im Gang; Ende 1930 waren es noch 65 Maßnahmen mit 484 Millionen Mark Kosten.

Hochbauten von der Förderung aus der werthaffenden Arbeitslosenfürsorge auszuscheiden, lag 1930 kein Anlaß vor. Mit der Bevorzugung des Winterbaues beschäftigt man sich noch. Für den Landarbeiterwohnungsbaue wurden vom 1. Oktober 1929 bis 31. Dezember 1930 41 Millionen Mark aufgewandt, zur Hälfte vom Reich, das damit 115 Millionen Mark für diesen Zweck geleistet hat.

## Voran sterben die Menschen?

Im Jahre 1931 war die Sterblichkeit in deutschen Großstädten in Anbetracht der allgemeinen Notlage verhältnismäßig günstig. Sie betrug 10,3 auf 1000 Einwohner. Bei den Todesursachen steht der Krebs mit 14,1 Sterbefällen auf 10.000 Einwohner an erster Stelle. Hier ist von Jahr zu Jahr eine Zunahme zu bemerken. An zweiter Stelle folgen Herzkrankheiten mit 12,8, Tuberkulose mit 8,0, Lungenerkrankungen mit 7,6 usw. auf je 10.000 Einwohner. Die Tuberkulose ist von 1929 bis 1931 von 9,1 auf 8,0 zurückgegangen. Der Krebs hat also die Tuberkulose weit überflügelt. Selbstmorde nahmen von 2,9 auf 3,3 von 1929 bis 1931 zu. Die Zahl der Todesfälle bei Verunglückungen nahm von 3,8 auf 2,9 ab. Die Zunahme der Sterblichkeit an Krebs und Altersschwäche ist zum Teil auf die Altersgliederung der deutschen Bevölkerung zurückzuführen. Die Zahl der alten Leute nimmt zu und die der jüngeren ab.

## Literarisches

Die jüngste Großstadt der Welt. In Heft 6 der „Urania“, kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft, widmet ein Hand eindrucksvoller Bilder Fred S. S. die Entwicklung des nordamerikanischen Zentrums, der Stadt Chicago, überaus lehrreiche Betrachtungen. Das Heft enthält noch mehrere sehr lehrreiche Artikel. Probehefte stellt der Urania-Verlag in Jena allen Interessierten gegen Kostenlos zur Verfügung. Abonniert die Urania! Jeder wird mit ihr zufrieden sein.

Im Industrieverlag Spach & Binde, Berlin W 10, Genthinerstraße 42, erscheint die Handwerks-Hochschule. Eine Probehefte wird vom Verlag bei Einsendung von 30  $\text{M}$  für Porto unentgeltlich zugesandt. In der diesjährigen Probehefte wird untersucht, was Handwerker und Gewerbetreibende über das Recht wissen müssen. Die Hefte geben Aufklärung über die sachliche Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte — Amts- und Landgerichte — und der Arbeitsgerichte. Weil Unkenntnis der Gesetze nicht vor Strafe schützt, ist das Lesen der Hefte vorteilhaft.

Voll und Sozialdemokratie. Von Gregor Bienstock. Dieck-Verlag, Berlin. Preis 15  $\text{M}$ . Das Heft stellt eine wertvolle Ergänzung der Kampfpublikation gegen die nationalsozialistische Propaganda dar.

Der „Volkstakt“, die große Funk-illustrierte der freien Arbeiterbewegung, kann beim Briefträger, wie auch bei der nächsten Buchhandlung, aber auch durch den Volkstakt-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, für monatlich 90  $\text{M}$  und 6  $\text{M}$  Zustellgebühr bezogen werden.

„Gesundheit“, Zeitschrift für gesunde Lebensführung des Berufsständigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Gartenstraße, Berliner Straße 137.

Der Staat als Unternehmer. Von Dr. Hans Staudinger, Staatssekretär im Preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe. Mit einer Einleitung des Preussischen Ministers für Handel und Gewerbe, Dr. W. Scheidter. Preis 3,50  $\text{M}$ . Volksausgabe 1,25  $\text{M}$ . Verlag: Gerschbach & Sohn Verlag, Berlin W 35.

Dr. Hans Staudinger, Staatssekretär im Preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe, Wirtschaftspraktiker und gelehrter Theoretiker zugleich, schrieb das Buch über Prinzip und Leistungen der öffentlichen Wirtschaft! Dieses aufsehenerregende Werk wird die Diskussion der nächsten Monate beherrschen und darüber hinaus das Standardwerk der öffentlichen Wirtschaft werden und bleiben.

Goethe bei der Büchergilde Gutenberg. Das Märzheft der Büchergilde Gutenberg bringt anlässlich des hundertsten Todestages Goethes einen Artikel, der bei aller Würdigung der historischen Persönlichkeit und der Bedeutung Goethes für ein ganzes Jahrhundert nicht die Zeitgebundenheit dieses Denkers und Dichters übersehen lässt. Das vorliegende Heft enthält die Neuerscheinungen des zweiten Quartals und ein großes, 10 Bände umfassendes Goethejahr an Erzählungen und Abhandlungen, darunter besonders interessante Aufsätze von Professor Karl Köpff, fassen das Märzheft dieser Zeitschrift, die den Mitgliedern der Büchergilde Gutenberg in einer Auflage von 90.000 kostenlos zugeht.

Vom 20. März bis 26. März ist die 12. Beitragswoche.  
Vom 27. März bis 2. April ist die 13. Beitragswoche.

## Sterbetafel

**Bremen.** Es sind uns in den letzten Wochen zwei treue Mitglieder durch den Tod entzogen worden. Es verstarb am 25. Februar der Kollege **Ernst Nelson** im Alter von 48 Jahren an Gehirnschlag und am 13. März der Kollege **Julius Fleinert** im Alter von 58 Jahren an Brustkrebs.

**Breslau.** Am 9. März verstarb nach schwerem Leiden unser Kollege, der Maler **Fritz Pichay**, im Alter von 47 Jahren. — Am 18. März verstarb an Herzschwäche unser treuer Kollege, der Anstreicher **Rudolf Rist**, im Alter von 54 Jahren. Er war 31 Jahre Mitglied unseres Verbandes.

**Hamburg.** Unser Kollege **Fritz Kaufner** starb am 3. März im Alter von 46 Jahren nach längerer Krankheit. — Am 12. März starb unser Kollege, der Invaliden **August Scholz**, im Alter von 52 Jahren, nach langer Krankheit.

**Kassel.** (Zahlstelle Schlag.) Am 14. März starb unser langjähriges Mitglied, der Invaliden **Karl Dippel**, im Alter von 64 Jahren.

**Krefeld.** An den Folgen eines Unfalles starb am 29. Februar unser lieber Kollege **Wilhelm Hausmann** im Alter von 45 Jahren.

**Zeitz.** Ganz unerwartet verstarb am 10. März unser lieber Kollege **Paul Kuczynski** im Alter von 33 Jahren. 15 Jahre gehörte er unserer Organisation an und erwarb sich durch sein fittes, kollegiales Wesen und durch sein Eintreten für die Organisation die Achtung aller Kollegen.

Chreihrem Andenken!